



K u r z b e r i c h t

über die

117. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

*am Donnerstag, dem 17. Dezember 2015,
im Sitzungszimmer 139 des Landtages*

Beginn: 9:35 Uhr

Der Ausschuss schloss seine Beratungen zum Gesetzentwurf zur **Förderung der personalwirtschaftlichen Bewältigung besonderer Bedarfslagen**, Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 18/3538](#) (neu), ab. Der im Beratungsverfahren vorgelegte Änderungsantrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, [Umdruck 18/5348](#), wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW bei Enthaltung der PIRATEN angenommen. Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, [Umdruck 18/5351](#), wurde mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN abgelehnt. Der Ausschuss empfahl dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der PIRATEN, den Gesetzentwurf in der [Drucksache 18/3538](#) (neu) in der durch den angenommenen Änderungsantrag geänderten Fassung anzunehmen.

Zum Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht betr. **Verfassungsbeschwerde gegen Regelungen des Rechts der Spielhallen in Berlin, des Bayerischen Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen sowie des Gesetzes zur Neuregelung des Glücksspielwesens im Saarland**, [Umdruck 18/4249](#), empfahl der Ausschuss dem Landtag einstimmig, keine Stellungnahme abzugeben.

Der Ausschuss nahm in Aussicht, seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Änderung glücksspielrechtlicher Vorschriften**, [Drucksache 18/3606](#), in seiner Sitzung am 13. Januar 2016 abzuschließen und dem Plenum zur Januar-Tagung eine Beschlussempfehlung zuzuleiten. Darüber hinaus wurde vereinbart, gegebenenfalls schriftlich vorliegende oder noch einzuholende Stellungnahmen durch die Fraktionen über die Geschäftsführung des Ausschusses dem gesamten Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Terminplanung	
27. Januar 2016	13 Uhr
	Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses (u.a. mündliche Anhörung zum Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe in Schles- wig-Holstein)
24. Februar 2016	13 Uhr
	Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses (u.a. mündliche Anhörung zum Gesetz zur Abschaffung von Anhalte- und Sichtkontrol- len in Grenz- und „Gefahrengebieten“)

Schluss: 10 Uhr

gez. Dörte Schönfelder